

In der BRD-Botschaft in Budapest trat im Berichtszeitraum der Leiter der Rechts- und Konsularabteilung SAUERTEIG aktiv in Erscheinung; er inspirierte geradezu mehrfach DDR-Bürger zum Aufenthalt im Missionsgebäude und entzog dadurch in 4 Fällen straffällig gewordene DDR-Bürger dem Zugriff der Sicherheitsorgane der UVR. Außerdem veranlaßte SAUERTEIG die Ausstellung eines BRD-Reisepasses für einen in der UVR lebenden Staatsbürger der DDR, damit er im Falle der Entlassung aus seiner Staatsbürgerschaft "kein Staatenloser" werde.

Auch durch Untersuchungsergebnisse ist nachgewiesen, daß die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" sich im Jahre 1986 schwerpunktmäßig auf die Einflußnahme und Störung der Treffen und Konferenzen der KSZE-Teilnehmerstaaten in Bern und Wien konzentrierte mit dem Ziel, der DDR und den anderen sozialistischen Staaten die massive Verletzung von Menschenrechten - insbesondere hinsichtlich der Praxis bei Familienzusammenführungen und Ausreiseanträgen - zu unterstellen. Des weiteren nahm die "IGfM" gesellschaftliche Höhepunkte in der DDR zum Anlaß, die DDR international zu diskriminieren und DDR-Bürger zur Nichteinhaltung von Recht und Gesetz aufzuwiegeln.

Die "IGfM" erreichte in Bern erstmals die Akkreditierung als sogenannte NGO (nichtstaatliche Organisation), die es ihr ermöglichte, in das Tagungsgebäude zu gelangen, die Konferenz direkt zu verfolgen, Gespräche mit Teilnehmern zu führen, Pressekonferenzen abzuhalten usw.

Im Berichtszeitraum wurden in insgesamt 41 Ermittlungsverfahren (1985: 36) Erkenntnisse über Aktivitäten der "IGfM"